

Leitartikel

## Ochs und Esel

Von Olaf Amm



„Den Sozialismus – so sagt man bei uns immer – in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf“, hat der SED-Chef Erich Honecker am 14. August 1989, wenige Wochen vor dem Untergang seiner DDR, in Berlin gesagt. Zu Gast bei ihm waren Mitarbeiter des Kombinars Mikroelektronik Erfurt, die ein Muster von 32-bit-Mikroprozessoren feierlich und medienwirksam übergeben durften. Die DDR war wieder mal auf Weltniveau – in ihrer Selbstwahrnehmung, in der Propaganda und im Selbstbelügen. Wie die Geschichte ausging, ist bekannt. Weniger als ein Vierteljahr später fiel der Vorhang.

Die Menschen glauben gerne an Märchen, ganz unabhängig von der Gesellschaftsform. Je seltsamer die Umstände werden, umso mehr haben die großen Erzählungen Konjunktur. Vielleicht ist dem Kommunisten und Atheisten Honecker auch deshalb das biblische Bild von Ochs und Esel so gelegen gekommen, um den Weg der DDR zum Paradies der Arbeiter zu illustrieren. Die Realität sah anders aus, wie heute jeder weiß.

Die Herstellung des Mikroprozessors durch die Erfurter Ingenieure und Techniker war eine Glanzleistung, daran lassen selbst Fachleute aus dem Westen bis heute keinen Zweifel. Die Sache hatte aber einen entscheidenden Haken: Amerikanische

### „Der zweite Platz ist nur der erste Verlierer“, muss für Deutschland wieder das Maß sein.

Ingenieure bei National Semiconductors in Kalifornien hatten einen 32-bit-Mikroprozessor schon 1981 vom Band laufen lassen. Acht Jahre in der Elektronik sind eine Ewigkeit. Im Westen steckten die Chips schon in privaten Funktelefonen oder Videorekordern, nichts Besonderes mehr jenseits der Mauer.

Für die Welt da draußen hatten die Politbürokraten jedes Verständnis verloren, sie klammerten sich an ihrem schönen Märchen von der perfekten Gesellschaft fest und glaubten, dass das ausreicht, um Staat zu machen. Für Menschen wie Dale Earnhardt fehlte ihnen jedes Verständnis. Dabei hat der Rennfahrer aus North Carolina eine schlichte Weisheit geprägt, die zeitlos gilt: „Der zweite Platz ist nur der erste Verlierer.“

Das Zitat mag in manchen Ohren hart klingen, aber die Realität ist meistens hart und selten märchenhaft – zu jeder Zeit, auch heute. Deutschland hat selbst im Westen schmerzliche Erfahrungen damit sammeln müssen: Fototechnik, Rundfunktechnik, Pharmazie sind Beispiele. Auf diesen Gebieten hatte Deutschland eine scheinbar uneinholbare Dominanz. Nichts davon ist übrig geblieben, wie die jüngste Insolvenz des Fernsehgeräte-Herstellers Loewe in Kronach zeigt.

Der Glaube an den Fortschritt ist in Deutschland erschüttert. Auf die gegenwärtigen Herausforderungen haben Verzichtsprediger die Mikrofone übernommen. Keine industrielle Landwirtschaft samt billigen Preisen, keine Flugreisen, keine Kreuzfahrten, keine Autos, keine großen Häuser, keine Gentechnik, keine Datenverarbeitung, keine Funkwellen, keine Windräder, keine Ideen. Willkommen auf dem zweiten Platz, Deutschland! Der Rest der Welt hat allerdings andere Pläne.

Als erster Verlierer wird die Bundesrepublik ein Problem bekommen. Das im Vergleich außerordentlich hohe Niveau der sozialen Absicherung, der Gesundheitsfürsorge und der Sicherheit, lässt sich so nicht halten. Das Land mit 83 Millionen Einwohnern ist darauf angewiesen, an der Spitze zu stehen und Ideen samt Produkte an den Rest der Welt zu verkaufen. Wir schaffen das, wenn wir Märchen nicht für die Realität halten.

### Leser-Meinung

Bedroht uns jemand?

Soli für den Aufbau West

Zu „Drohung der USA erhitzt die Gemüter“ vom 10. August:

Die Herren Trump und Grenell haben mir das Wochenende verschönt. Sie äußern den Vorschlag, die 50000 US-Soldaten aus Deutschland abzuziehen. Dabei habe ich mich gefragt, wozu diese Streitmacht überhaupt in der BRD stationiert ist. Brauchen wir Schutz durch amerikanische Truppen? Bedroht uns jemand? Der Kalte Krieg ist lange vorbei, gute Beziehungen zu allen Nachbarn sind möglich. Probleme können auf dem Verhandlungsweg geklärt werden. Die CDU spricht von einer Verärgerung der USA. Wieso? Stehen deutsche Truppen in Alabama oder Wisconsin? Der Abzug der Amerikaner wäre eines klugen Feldherrn würdig. Ich ergänze den Vorschlag: Nehmt die Atomwaffen aus der Eifel mit. Die brauchen wir auch nicht.

Elfrid Kautz, Suhl

Zu „Scholz will den Soli endlich abschaffen“ vom 12. August:

Der Soli ist aus gutem Grund eingeführt worden. Ohne dieses Geld wäre der „Aufbau Ost“ nicht so zügig und gut vorwärts gegangen. Ihn jetzt abzuschaffen, halte ich aber für eine sehr schlechte Idee. Stattdessen sollte das Soli-Geld jetzt für einen „Aufbau West“ eingesetzt werden, denn wir wissen alle, wie heruntergekommen die Infrastruktur in Teilen der alten Bundesländer – besonders in Nordrhein-Westfalen – inzwischen ist. Da wäre eine starke Finanzspritze vonnöten. Und vielleicht würde es dann endlich auch das Vorurteil der „Wessis“ abbauen, es würde immer nur den „Ossis“ geholfen.

Manuel Kleefoot, Altenfeld

Leserbriefe stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion dar. Sie können nur veröffentlicht werden, wenn sie Namen und vollständige Adresse enthalten. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor.

# Ist Klimapolitik gerecht?

Die Folgen der Klimakrise treffen in Deutschland besonders ärmere Menschen. Es geht um ihre Gesundheit. Die Politik muss genauer hinschauen, fordern Experten.

Von Katharina Redanz

Es ist laut an mehrspurigen Straßen, in Einflugschneisen und an Bahnstrecken. Auch die Luft ist dort nicht die beste. Am meisten betroffen von Lärm und Abgasen sind die Anwohner – Untersuchungen zufolge in mehrfach belasteten Gebieten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. Sie seien daher stärker betroffen, erklärt Christiane Bunge vom Umweltbundesamt. Umweltpexperten wünschen sich deshalb, dass die Zusammenhänge zwischen Umweltqualität, Gesundheit und sozialen Faktoren stärker in den öffentlichen Fokus rücken. Wenn über Klimaschutz und Gerechtigkeit geredet wird, geht es aber meistens nur ums Geld.

Am 20. September will das Klimakabinett der Bundesregierung über ein Gesamtpaket entscheiden. Dabei geht es auch um eine mögliche Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Damit würden Sprit, Heizöl und Erdgas teurer, um im Verkehrs- und Gebäudereich das Einsparen des klimaschädigenden Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) zu fördern. In der Debatte wird dabei oft gefordert, dass die Belastungen durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung gerecht und sozial ausgewogen sein müssten. Auch jetzt schon leiden vor allem Menschen mit wenig Geld unter den Klimaveränderungen sowie anderen Umweltfaktoren – und sind einem höheren Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Diese Zusammenhänge werden unter dem Begriff Umweltgerechtig-

keit betrachtet und vor allem daran erkennbar, wer wo wohnt, wie Bunge erklärt. Belastungen wie Abgase und Lärm etwa seien innerhalb einer Stadt häufig ungleich verteilt. Zudem gebe es in sozial benachteiligten Stadtteilen meist weniger attraktive Grünflächen. Auch das hat Auswirkungen: Studien belegen, dass Grünflächen gut für körperliche und mentale Gesundheit sind.

„Bundesweit zeigt sich ganz klar, dass die Lebenserwartung mit dem Einkommen steigt“, sagt Bunge. Der Unterschied betrage mehrere Jahre. „Das kann man zwar nicht allein auf die Umweltbelastungen zurückführen, aber sie haben einen Anteil daran.“ Dabei tragen gerade Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen weniger zu Umweltbelastungen bei: „Sie verfügen sehr viel seltener über ein eigenes Auto, auch ihr Energieverbrauch ist geringer.“ Kommt es durch den Klimawandel zu mehr Hitzewellen, macht das den Städten zu schaffen und dort vor allem den Menschen, die sowieso schon mehrfach belastet sind. „Zu den gesundheitlich gefährdeten Gruppen gehören ältere Menschen und hier vor allem ärmere, allein lebende und chronisch kranke Personen.“ Die Wohnungen ärmerer Haushalte seien etwa häufig schlechter isoliert. Parks lägen nicht immer einfach um die Ecke. Bunge hält daher für wichtig: Schattenplätze, kühle Räume, mehr Bänke und Trinkbrunnen sowie Dach- und Fassadenbegrünung, Rollläden oder Sonnensegel. Die Umweltpolitik müsse einen „sehr viel genaueren Blick“ darauf werfen, wer die von den Folgen der Klimaveränderungen betroffenen Bevölkerungsgruppen seien, sagt Bunge – um so Förderprogramme gezielter und effizienter umzusetzen.

Das Bundesbauministerium von Horst Seehofer (CSU) verweist auf bestehende Programme zur Städtebau-



Untersuchungen haben ergeben, dass Einkommen und Gesundheitsgefährdung durch negative Umwelteinflüsse zusammenhängen. Oftmals können sich Geringverdiener keine Wohnungen in weniger belasteten Regionen leisten.  
Foto: Julian Stratenschulte/dpa

förderung, in deren Rahmen seit mehreren Jahren Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung und das Ziel der Umweltgerechtigkeit gefordert wurden. Kurz vor der Sommerpause hat das Bundeskabinett einen „Masterplan Stadtnatur“ aus dem Umweltministerium beschlossen. Förderprogramme und Zuschüsse, ein Ideenwettbewerb und Informationskampagnen sollen dafür sorgen, dass Stadtplaner, Unternehmen und Privatleute mehr grüne Flächen anlegen.

Die Umweltminister der Länder haben das Thema aufgegriffen und wollen Leitlinien zu Umweltgerechtigkeit entwickeln. Berlin hat an-

hand von Umwelt- und Sozialdaten einen Umweltgerechtigkeitsbericht und eine entsprechende Karte erstellt. Die Grünen im Bundestag stellten kürzlich einen Hitzeaktionsplan vor, in dem es vor allem um den Umgang von Städten mit extremer Hitze geht. Der klimapolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Lukas Köhler, hält auch Anpassungen im Gesundheitssystem für notwendig: Große Hitze sei bei vielen Krankheiten oft besonders schwer erträglich, zudem lasse ein sich veränderndes Klima auch Krankheiten auftreten, die hierzulande bislang kaum oder gar nicht aufgetreten seien.

## Maas-Anzug



Zeichnung: Tomicek

## Zitate

„Wir schulden all denen Dank, die beigetragen haben, diese Mauer zum Einsturz zu bringen.“

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), zum Mauerbau vor 58 Jahren

„Das ist infam, gefährlich, und in dieser Aufmachung auch zutiefst geschichtsklitternd.“

Juso-Chef Kevin Kühnert zur „Vereinnahmung“ des einstigen SPD-Kanzlers Willy Brandt durch die AfD auf Wahlplakaten

„Die SPD will mit einer Neiddebatte Stimmung für ihren Wahlkampf machen.“

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner zum Vorstoß der SPD, bei einem vollständigen Abbau des Soli die Einkommensteuer von Reichen zu erhöhen

## Konsequenz auch auf großer Fahrt

und geleitet wird sie dabei von zwei Skippern, deren Beruf und Leidenschaft das Segeln ist.

Boris Herrmann – seine Wassersportwiege ist das ostfriesische Wattenmeer, sein Arbeitsplatz sind die Weltmeere. Der Oldenburger Segelprofi strebt dem Gipfel seiner Karriere entgegen, er will als erster Deutscher an der härtesten Regatta der Welt teilnehmen. Die Vendée Globe führt ihre Herausforderer unter Segeln solo, nonstop und ohne Hilfe von außen in weniger als 80 Tagen um die Welt. Zuvor hat der 38-Jährige nun aber noch einen Sonderauftrag zu bewältigen – Greta Thunberg an Bord der Hochseejacht „Malizia“ nach New York zu bringen. Herrmann und sein Co-Skipper, Segelfreund und Förderer Pierre Casiraghi werden Greta von heute an von Plymouth in Südenland aus über den Atlantik nach Amerika bringen.

An Bord werden sich neben Herrmann, Casiraghi und Thunberg auch

deren Vater Svante sowie der Filmmacher Nathan Grossman befinden, der die große Reise über den Großen Teich dokumentieren will.

Etwa zwei Wochen lang werden sie mit der „Malizia“ unterwegs sein. In



Greta Thunberg, ihr Vater Svante und Profisegler Boris Herrmann bereiten sich auf den großen Törn vor.  
Foto: Holly Cova/Team Malizia/dpa

Übersee warten auf die Schwedin dann unter anderem der UN-Klimagipfel in New York im September sowie die Weltklimakonferenz in Chile

im Dezember. Was nach großem Abenteuer klingt, ist für Herrmann auch eine große Verantwortung. Für die 16-jährige Thunberg ist es der erste Segeltörn ihres Lebens – ein krasserer Einstieg als der Transatlantik-Törn auf Hermanns 18 Meter langem Kohlefaser-Geschoss ist kaum vorstellbar.

Doch der deutsche Segelprofi hat schon drei Weltumsegelungen mit Profi-Crews absolviert und mehr als eine Viertelmillion Seemeilen Erfahrung im Kielwasser. Angst vor der Verantwortung für seinen prominenten Passagier hat Herrmann deshalb nicht, wie er sagt. „Ich habe sie gefragt, ob sie Angst hat. Sie hat mit klarem Nein geantwortet.“

Greta Thunberg fliegt nicht, weil Flugreisen immense Mengen an Treibhausgasen ausstoßen. Deshalb hatte sie nach einer Klimaschonender Alternative für die Reise nach Amerika Ausschau gehalten. Bei der „Malizia“ wurde sie fündig.